

Wahlprüfstein 1

Grüne Kulturpolitik heißt, sich für die Vielfalt der Kulturlandschaft einzusetzen. Dazu gehört als ein wichtiger Bereich für den vitalen und internationalen Ruf der Stadt Berlin mit Sicherheit auch der Bereich Tanz.

Wir wollen einen Kulturentwicklungsplan, in dem der Bereich Tanz mit seinen Potentialen erfasst werden muss. Die Notwendigkeit zur Stärkung der bisher bestehenden infrastrukturellen Errungenschaften wird sich darin erweisen. Mit dem Staatsballett Berlin, der Company Sasha Waltz & Guests und über 200 freischaffenden Tanz-Kompanien und Choreografen hat Berlin eine Schatzkiste im Bereich Tanz. Die Tanzszene hat sich viele kleine Standorte in der Stadt erobert, die aber nur dann mit Leben gefüllt werden können, wenn auch in angemessenem Umfang Produktionsmittel zur Verfügung stehen. Damit die Uferstudios im Wedding als neuer Standort für den zeitgenössischen Tanz, das hochschulübergreifende Zentrum Tanz und Orte wie das Eden**** ihr Potential auch in vollem Umfang ausschöpfen können, gilt es jetzt, die Strukturen der freien Tanzszene zu stärken und das Netzwerk im nationalen und internationalen Rahmen zu unterstützen.

Wahlprüfstein 2

Bündnis 90/Die Grünen sind für eine vielfältige Kulturlandschaft in Berlin aktiv – mit einer starken Infrastruktur, gezielter Förderung und gesicherten Arbeitsbedingungen für die Berliner Kulturschaffenden in allen künstlerischen Sparten. Neben den großen Häusern schenken wir unser Augenmerk den vielen freien Initiativen und Projekten, die die Stadt bereichern und bislang zu wenig Anerkennung erfahren. Welche Kultureinrichtungen welchen Förderanspruch durch das Land haben, muss einer qualitativen Prüfung standhalten. In einem von Bündnis 90/Die Grünen geforderten Kulturentwicklungsplan wird sich zeigen, ob das bisherige Ungleichgewicht der Förderung für den Bereich Tanz im Vergleich mit den anderen künstlerischen Disziplinen gerechtfertigt ist. Einen Förderbedarf nach rein rechnerischem Proporz für die einzelnen künstlerischen Sparten zu ermitteln, halten wir aber nicht für zeitgemäß, da die künstlerischen Prozesse mehrheitlich interdisziplinär angelegt sind und immer wieder nach neuen Formaten und Kooperationen in der künstlerischen Arbeit gesucht wird.

Wahlprüfstein 3

Kulturpolitisches Ziel von Bündnis 90/Die Grünen ist eine gerechte und der aktuellen Situation entsprechende ausgewogenere Förderung zwischen der institutionellen Förderung und der Förderung der freien Szene. Angesichts der Gesamtentwicklung des Berliner Landeshaushaltes ist kaum mit einer Steigerung der Mittel für kulturelle Zwecke zu rechnen. Also müssen Veränderungen in der Förderung auch in Zukunft im Wesentlichen innerhalb des Kulturhaushaltes erfolgen. Dies allerdings zu Gunsten der freien Szene, was eine Reduzierung der Etats für Projekt-, Konzept-, Spielstätten-, Einstiegs- oder EinzelkünstlerInnenförderung ausschließen muss.

Es gibt nur ganz wenig NeubeginnerInnen, die einen institutionellen Fördertitel in der Struktur des Kulturetats seit 2002 erhalten haben. Sasha Waltz & Guests gehört als institutionell neu aufgenommenes Ensemble dazu. Die Selbständigkeit der Company entspricht einem parteiübergreifenden Willen. Die jetzige Finanzierungsstruktur ist der Gesamtsituation des von rot-rot aufgestellten Kulturetats geschuldet, indem andere Schwerpunkte als die Finanzierung des Tanzbereiches dominieren.

Die Berliner Kulturlandschaft ist auf die Unterstützung durch Bundesmittel angewiesen. Bedingt durch den Hauptstadtstatus Berlins lassen sich die Bundesmittel für den Kulturbereich und einzelne Institutionen rechtfertigen. Der Hauptstadtkulturvertrag und die Förderung durch den Hauptstadtkulturfonds für kulturelle Einzelprojekte von überregionaler Bedeutung sind nicht mehr wegzudenken. Bis heute fehlen aber klare Kriterien, welche Einrichtungen von gesamtstaatlicher Bedeutung der Bund fördert und zukünftig fördern soll. Sofern die Förderung von künstlerischen Ensembles in den zu erarbeitenden Kriterienkatalog einer Förderung von gesamtstaatlicher Bedeutung passt, wäre auch eine Bundesförderung einzelner Tanzcompanien denkbar, ohne eine Präsenz der künstlerischen Produktion am Standort Berlin zu gefährden.

Wahlprüfstein 4

Vorab möchten wir anmerken, dass Kulturpolitik nicht nur allein über finanzielle Fördermittel gestaltet wird und werden kann. Eine neue Förderpolitik braucht eine Kreativität, die unter anderem auch Fragen von Stadtraumgestaltung und Liegenschaftspolitik beinhaltet, d.h. in unkomplizierter Weise Räume für künstlerische Produktion und Präsentation bereitzustellen.

Zu a)

Kulturelle Bildung ausbauen

Die Bündnisgrünen haben sich klar entschieden: Im Bereich Bildung darf nicht gespart werden.

Kulturelle Bildung ist als Teil der Bildung ein Bereich, der nur in Kooperation von Kultur und Bildung gestaltet werden kann. Dieser Herausforderung wird sich Bündnis 90/Die Grünen annehmen und hat dazu ein Handlungspapier erarbeitet („Wir weisen Wege zur kulturellen Bildung in Berlin: http://www.gruene-fraktion-berlin.de/cms/default/dok/371/371553.wir_weisen_wege_zur_kulturellen_bildung.html).

Freie Szene stärken

Die Förderung der Freien Szene muss nicht nur bewahrt sondern auch gestärkt werden. Dies wollen wir zum einen durch stärkere Kooperationen der etablierten und großen Institutionen mit der freien Szene erreichen und zum anderen durch eine Umschichtung von einem Prozent der Zuschüsse für die Großen für die dauerhafte Förderung der freien Szene.

Kultur für die ganze Stadt und in der ganzen Stadt

„Eine Stadt für alle“ heißt: Wir sehen uns in der Verantwortung für Kultur in der ganzen Stadt, von Spandau bis Köpenick und von Pankow bis Neukölln. Berlin als Deutschlands Kulturstadt Nummer 1 mit starkem und klarem Profil zu etablieren erfordert eine langfristige, gesamtstädtische Perspektive für das kulturpolitische Handeln. Diese kann nur in enger Abstimmung mit den Bezirken und VertreterInnen der verschiedenen Sparten des Berliner Kulturlebens entwickelt werden. Die kommunalen Kultureinrichtungen in den Bezirken sind integraler Bestandteil der städtischen Kulturlandschaft Berlins. Mit ihren Bibliotheken, Musikschulen, Volkshochschulen, mit ihren kommunalen Galerien, Bezirksmuseen und Veranstaltungsorten stellen die Bezirke die grundlegende, dezentrale kulturelle Infrastruktur für die Bevölkerung in den Stadtteilen bereit. Die Kultur- und Bildungsangebote der kommunalen Einrichtungen werden tagtäglich von tausenden von Menschen aller Altersgruppen in ihren Kiezen genutzt. Ihren Erhalt und ihre Weiterentwicklung betrachten wir als unsere gesamtstädtische Aufgabe.

Interkulturelle Projektarbeit

Die Zusammensetzung der Berliner Bevölkerung erfordert, dass sich Menschen mit nicht deutscher Herkunft und einem anderen kulturellen Hintergrund auch in der Produktion von Kunst- und Kultur wiederfinden müssen und dass sie einen erkennbaren Anteil an der Besucherschicht der Berliner Kultureinrichtungen bilden. Die Teilhabe an Kultur bietet eine nachhaltige Chance zur Integration, die es in weit aus stärkerem Umfang zu nutzen gilt. Im Sinne von cultural diversity setzen wir uns für eine gezieltere Öffnung der öffentlich geförderten Kulturinstitutionen für Menschen mit Migrationshintergrund, sowohl in der künstlerischen Planung als auch in der Kunstproduktion und der Kunstvermittlung ein. Zudem müssen im Bereich der Verwaltung und in den Förderjurs die Anzahl der Menschen mit einschlägiger Kenntnis über interkulturelle Arbeit deutlich vergrößert werden. Nur dann wird es gelingen, die Zuschauergruppen auch anteilmäßig im Bereich der (post)migrantischen Gruppen signifikant zu vergrößern.

Geschichte erfahrbar machen

Berlin ist eine Stadt voller Geschichte, die sichtbare Spuren und Narben hinterlassen hat. Wir wollen die Geschichte gerade an Ausgangspunkten der beiden Weltkriege und den vielen authentischen Orten erfahrbar machen. Berlin war das politische Zentrum des nationalsozialistischen Terrors. Der historischen Verantwortung wird sich Berlin immer stellen müssen. Der Erhalt und der Ausbau überregional bedeutender Gedenkstätten und Erinnerungsorte sind eine gesamtstaatliche Verpflichtung von Bund und Ländern. Die bestehenden Gedenkstätten müssen kontinuierlich weiterentwickelt und besser miteinander vernetzt werden. Besonders unterstützen wollen wir die Bildungsarbeit der Gedenkstätten. Die Robert Havemann-Gesellschaft ist inzwischen das Archiv der DDR- Oppositionsbewegung und der Friedlichen Revolution von 1989. Wir wollen, dass dieses Archiv endlich einen neuen, den Erfordernissen angepassten und für alle Menschen zugänglichen Standort erhält. Dazu gehört auch, dass die Inhalte der großartigen Ausstellung zur Friedlichen Revolution, die zum 20. Jahrestag auf dem Alexanderplatz mit gut einer Million Besucherinnen und Besucher zu sehen war, wieder zugänglich sind.

Zu b)

Die Zweckbindung für Kultur bei einer evtl. einzuführenden Touristenabgabe ist eine urgrüne Forderung, die auf eine Idee von Alice Ströver, kultur- und medienpolitische Sprecherin, und Jochen Esser, finanzpolitischer Sprecher, Anfang 2000 zurückgeht. Im Rahmen des Kultursalons hat Alice Ströver unter dem Titel: „Unser Strand ist die Kultur“ bereits am 27.02.03 das Thema einer »Kultursteuer« zur Förderung von Tourismus und Kultur in Berlin mit ihren Gästen Heinz Buri, Kulturbeauftragter Berlin Tourismus Marketing, Ursula Luchner-Brock, IHK, Tourismusförderung, Alexander Iljinskij, Intendant Friedrichstadtpalast und Karl Weißenborn, GF Hotel- und Gaststättenverband Berlin diskutiert. Das Thema und die Notwendigkeit zur Generierung einer frischen Einnahmequelle zur Förderung von Kultur hat bis heute nicht an Aktualität verloren.

Die „reiche“ Berliner Kulturszene ist Motivation für viele Berlin-Touristinnen u. Touristen, die Stadt zu besuchen. Nicht nur die Kulturschaffenden selbst, sondern auch Unternehmen und Wirtschaftsverbände messen der Bedeutung Berlins als Kulturstandort einen hohen Stellenwert bei. Der Kulturetat ist ausgeknutscht und wird weiteren Kürzungen unterworfen, so dass die Kulturinstitutionen Gefahr laufen, künstlerisch unattraktiv zu werden, weil sie finanziell weiter ausbluten. Was also ist zu tun? Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat einen unkonventionellen Vorschlag ins Spiel gebracht. Die Wertschätzung der einzigartigen Berliner Kulturlandschaft sollte auch in direkter materieller Weise in Form einer »Kultursteuer« zum Ausdruck kommen: Eine Pauschale pro Hotelübernachtung könnte erhoben werden, die

direkt dem Landeshaushalt zur Finanzierung kultureller Einrichtungen zugeführt wird. Im Jahr 2010 waren es 20 Millionen Übernachtungen, so dass eine beachtliche Summe zusätzlich zur Verfügung stehen könnte.

Um dieses Geld nicht im schwarzen Haushaltsloch verschwinden zu lassen, muss aber auch überlegt werden, wie - in Kooperation mit der Tourismus-Förderung - das Marketing für die Kulturangebote verbessert werden könnte.

Wahlprüfstein 5

Da unter den gegebenen Bedingungen im Kulturhaushalt nicht mehr Mittel zu erwarten sind, halten wir die Einführung von neuen institutionellen Titel seit langem für problematisch. Sie wirken sich zu Lasten einer flexiblen Kulturförderung aus und beschneiden die Mittel, die für die genannte Konzept-, Einzel- und Projektförderung gebraucht werden.

Die Konzeptförderung ist eins der wichtigsten Instrumente der Kulturförderung und muss dringend aufgestockt werden. Unser Ziel ist langfristig, mehr Theater aus der institutionellen Förderung in die Konzeptförderung zu überführen. Dies ist verbunden mit der Forderung nach einer Qualitätsprüfung und Evaluierung der Häuser.

Unsere konkrete Forderung ist die, dass die Mittel für das Renaissance-Theater zurück in die Konzeptförderung fließen und eine qualifizierte Jury die Vergabe der Mittel an die Einzelnen Häuser und Ensembles vorschlägt.

Wahlprüfstein 6

Gerade in der freien Szene leben Künstlerinnen und Künstler oft am Rande des Existenzminimums. Wir wollen, dass Kulturschaffende von ihrer Arbeit leben können. Wir unterstützen die Forderung nach einer Honorarbemessung von 2.000 Euro pro Monate für eine 100% Stelle und halten sie als Mindestgrenze für angemessen.

Langfristiges Ziel muss sein, zehn Prozent des Kulturretats für die freie Szene festzuschreiben, um mehr Spielraum in der Honorargestaltung zu erlangen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass zukünftig nur solche Förderanträge von den Vergabejurys angenommen werden, die eine angemessene Vergütung aller an der Produktion Beteiligten enthalten.

Wahlprüfstein 7

Der LAFT macht hervorragende und unverzichtbare Arbeit für die Aktiven der freien darstellenden Kunst in Berlin. Wir unterstützen seine Arbeit und sehen keinen Grund, die bisherige Förderung für die Geschäftsstelle des LAFT in Frage zu stellen. Gleiches gilt für die Geschäftsstelle des Tanzbüros Berlin.

Grüne Kulturpolitik setzt auf den Dialog mit den ExpertInnen und basiert auf dem Austausch und dem Umsetzen von Anregungen aus der künstlerischen Szene. Dies möchten wir auch in Zukunft so fortsetzen. Wir haben uns ein „Regieren mit der Stadt“ zum Ziel gesetzt und dafür brauchen wir Partner wie den LAFT, das Tanzbüro, Tanzraum Berlin und den Dachverband Zeitgenössischer Tanz Berlin.